

CDU Ratsfraktion Nettetal | Glabbach 44a | 41334 Nettetal

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 32 - Regionalentwicklung
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf
(über Beteiligung NRW)

Nettetal, 26. Oktober 2026

**Raumverträglichkeitsprüfung für die Transportleitung Delta Rhine Corridor (DRC) CO2-Pipeline über Duisburg nach Venlo (AZ 32.01.02.03-000043)
hier: Stellungnahme der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal zur Beteiligung gemäß § 15 Absatz 3 ROG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit im Rahmen der Raumverträglichkeitsprüfung (RVP) zu im Betreff benannten Planvorhaben Stellung zu nehmen, danke ich Ihnen. Bezüglich der kurzen Fristsetzung, dem Umfang der Anlagen und der Bedeutung der geplanten Transportleitung und der daraus für Nettetal resultierenden Betroffenheit für Mensch und Natur, erlaube ich mir anzumerken, dass die bis zum 26. Oktober 2026 gesetzte Frist unangemessen kurz ist.

Weiterhin ist es verwunderlich, dass die Vorhabenträgerin OGE im Erläuterungsbericht auf eine Beteiligung der betroffenen Städte und Kreise als Träger öffentlicher Belange bei der Prüfung der Trassenvarianten und Untersuchungsräume hinweist. Es erfolgte lediglich eine erstmalige Einbindung des Kreises Viersen am 5. Dezember 2025 mit Fristsetzung 9. Januar 2026 zur Stellungnahme. Als ehrenamtliche kommunalpolitische Vertreter der Bürgerschaft erlauben wir uns den Hinweis, dass ein "Beteiligungsverfahren" mit Stellungnahme außerhalb der Sitzungszeiträume zu Weihnachten und dem Jahreswechsel (Wiehnachtsferien), sowie eine Öffentlichkeitsbeteiligung in den Sommerferien (in der Viersener Gaststätte "Unfassbar"), kaum zur Vertrauensbildung und Kooperation einlädt.

Grundsätzlich sehen wir auf Grundlage der von OGE vorgelegten Unterlagen und Erläuterungen erhebliche Beeinträchtigungen für Mensch und Natur in Nettetal, verbunden mit dem DRC Vorhaben und sehen dies äußerst kritisch.

Vorsitzender
Philipp Heks
Glabbach 44a
41334 Nettetal

Geschäftsführerin 1
Sandra Meiners-Timmermanns
Austalsweg 24
41334 Nettetal

Dabei betrachten wir sowohl die erforderlichen Vorarbeiten zur Trassenfindung und Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens, als auch die tatsächlichen Bautätigkeiten und schließlich den Betrieb des DRC, als nicht im Verhältnis zu den erforderlichen Eingriffen in Flora und Fauna, sowie in Eigentum und Planungsbelange der Stadt Nettetal stehendes Gut.

Weiterhin sieht die CDU Fraktion im Rat der Stadt Nettetal das Vorhaben auf Grundlage der Planungsunterlagen für die CO₂-Pipeline DRC aus folgenden Gründen insgesamt kritisch. Dabei stellen wir die Bedeutung einer leistungsfähigen Infrastruktur für den Klimaschutz nicht grundsätzlich infrage, sondern weisen auf die erheblichen Auswirkungen hin und auf aus unserer Sicht planerische Mängel. Das auch unabhängig davon, dass weder der Kreis Viersen noch die Stadt Nettetal und deren Bürgerschaft irgendeinen unmittelbaren Nutzen vom DRC hat.

Die Grenzverknüpfungspunkte sind wesentlich für die Trassenfindung und die Koordinierung des Gesamtvorhabens. Nach Auskunft von OGE sind diese bereits zwischen dem niederländischen und dem deutschen Vorhabenträger abgestimmt worden. Zwei von den drei in den Unterlagen zur RVP dargestellten Übergabepunkte befinden sich in Gebieten mit hohem Schutzbedürfnis. Dies muss doch dann auch ein wesentlicher Teil des RVP sein, da diese "Endpunkte" extrem bedeutend für den weiteren Trassenverlauf sind.

Weiterhin werden wenige, bis keine Aussagen zum allgemeinen Gewässerschutz und insbesondere nicht zum Grundwasserschutz getroffen. In Nettetal besteht an einigen Stellen der Trassenvarianten eine Belastung durch nitratreiches und verunreinigtes Oberflächen- und Grundwasser. Vermischungen und Absenkungen sind hier unbedingt zu vermeiden. Hierzu geben die RVP Unterlagen wenig Auskunft.

Auch hinsichtlich der betroffenen Grundstückseigentümer besteht erheblicher Klärungsbedarf. Die vom Vorhabenträger angezeigten Schutzzräume und Überbauverbote greifen erheblich in Eigentumsrechte und die Planungshoheit der Stadt Nettetal ein. Nicht nur die Träger öffentlicher Belange, auch gerade die betroffenen Eigentümer und die Bürgerschaft sind vorab umfassend zu informieren. Die bei offener Verlegung dauerhaft von Gehölzen freizuhaltenden 10 Meter breiten Schneisen durchschneiden mehrere VSG, FFH und NSG Gebiete der höchsten Kategorie.

Besonderer Klärungsbedarf besteht bei den im Verfahren geplanten Vorzugskorridore. Diese widersprechen ausdrücklich der raumplanerischen Vorgabe des Bündelungsgebotes aus der Raumordnung heraus, als auch dem BNatSchG.



Konkret ist die ursprünglich für den DRC vorgesehene Vorzugsvariante entlang der BAB 40 nicht Teil des RVP. Hier sind neben der Bündelung von Trassen und Vermeidung von Kreuzungskonflikten, auch die Länge der Trasse und die wirtschaftlichere Herstellung auch für den Gesamterfolg des Projektes nicht zu vernachlässigen. Abgesehen davon, dass weitere Alternativtrassen, die dem Bündelungsgebot und der Raumplanung nicht in dem nun vorliegenden Rahmen entgegenstünden, überhaupt nicht Gegenstand des RVP sind. So gibt es weitere Leitungen (ua. Eisenbahn, BAB, Erdöl-, Strom- sowie Datenleitungen), deren Trassen durch den DRC nutzbar wären. Die Nichtbetrachtung muss der Vorhabenträger erläutern.

Durch OGE sind somit zwingend Trassenalternativen zu entwickeln, die eine Beeinträchtigung der Siedlungsentwicklung sowie eine Beeinträchtigung von Festlegungen des Freiraumschutzes vermeiden.

Neben den Ausführungen zum Umweltbericht und der Verträglichkeitsprüfung wird auf die besonders schützenswerten Gebiete, gerade die Natura 2000-Gebiete hingewiesen. Dabei wird ein potentieller dauerhafter und temporärer Verlust von FFH-LRT und Lebensräumen erhaltungszielgegenständlicher Arten und eine erhebliche Beeinträchtigung nicht vollständig ausgeschlossen. Im Umkehrschluss bedeutet es, diese würden (somit bereits vorab) billigend in Kauf genommen. Das ist nicht akzeptabel.

Es ist davon auszugehen, dass besonders schützenswerte Naturflächen und Lebensräume bei dem Bau und Betrieb des DRC in erheblichen Maße verloren gehen, da eine Kompensation oder Wiederherstellung schlicht nicht möglich ist. Hier dürften das alleinige wirtschaftliche Interesse von OGE und das übergeordnete klimaschutzbezogene Ziel der Bundesregierung bereits in der Abwägung gegenüber den Schutzgütern an seine Grenzen kommen.

Dies wird auch in der artenschutzrechtlichen Prüfung deutlich, die mit dem Fazit abschließt: Die nachfolgend beschriebenen Bereiche weisen eine hohe Dichte von planungsrelevanten Arten auf, für die Vermeidungs- oder CEF-Maßnahmen zu beachten wären. Das trifft insbesondere für das VSG "Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg" zu, wo gutachterlich festgestellt wird, dass es voraussichtlich kein Zeitfenster für eine Bauausführung gibt.

Weiterhin scheinen dem Vorhabenträger technische Anlagen wie Windenergieanlagen einen höheren Stellenwert als Schutzgut zu haben, als Alleen, Biotope oder Naturdenkmäler, etc.



Dies ist äußerst kritisch zu betrachten und sollte bei der RVP besondere Beachtung finden. Somit ist es auch fraglich, ob insbesondere bei der Variante A 2.29 innerhalb des derzeitigen Vorzugskorridors, wirksame Vermeidungsmaßnahmen überhaupt angewendet werden können.

Kritisch zu betrachten ist auch der Trassenverlauf, auf die Folgen für weitere Planungen im Bereich der Windenergieanlagen und Flächensolaranlagen oder auch Geothermievorhaben. Diese tragen auch erheblich zum Erreichen der Klimaziele der Bundesregierung bei, würden im Zuge des Trassenverlaufes des DRC aber schlicht nicht mehr umsetzbar sein. Auch hier scheitert eine Güterabwägung wie bereits beschrieben.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die nicht ausreichende Berücksichtigung der Starkregenereigniskarte des Kreises Viersen. Gerade im Nettetal Bereich bestehen Gefährdungslagen, die durch Bodenverdichtung und Kanalisierung aufgrund Schutzreinrichtungen uä. an der DRC noch verstärkt würden.

Weiterhin ist aus den Unterlagen zum RVP nicht ersichtlich, welche Auswirkungen der Betrieb der Leitung mit dem verdichteten Gas für Boden, Umwelt und Grundwasser erwarten lässt. Gemeint sind hier Wärme, Geräusche, Leckagen, Gefährdungslagen, etc.

Die örtlichen Feuerwehren und der Bevölkerungsschutz werden zwar nach Angaben der Vorhabenträgerin geschult. Aber die Kosten für Ausrüstung, Personal und Material bleiben ausschließlich bei Kreis und Städten in gemeinschaftlicher Verantwortung. Dies steht auch im krassen Gegensatz zum Verursacherprinzip.

Daher ist die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal unter Beachtung der vorgenannten Aspekte und den vorliegenden Informationen aktuell deutlich gegen das Vorhaben positioniert und lehnt es damit in der aktuellen Form ab.

Mit der Bitte um Eingangsbestätigung und entsprechende Würdigung.

Mit freundlichen Grüßen



Philipp Heks
– Fraktionsvorsitzender –

